

Keine Ausrede: Strukturreformen sind wichtiger denn je

Die deutsche Wirtschaft steckt weiterhin in einer strukturellen Krise. Zwar hat das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal um 0,4 % zugenommen, dennoch bleiben die Belastungen wie geopolitische Spannungen, neue Zollbarrieren sowie ein wachsender Reformdruck bestehen. Anstatt auf Impulse durch staatliche Investitionen zu hoffen, sind umfassende strukturelle Veränderungen notwendig. Demografiefeste soziale Sicherungssysteme sowie ein beherzter Bürokratieabbau sind die entscheidenden Stellhebel.

Kontakt: Prof. Dr. Dr. h. c. Christoph M. Schmidt, ✉ praesident@rwi-essen.de
Prof. Dr. Torsten Schmidt, ✉ Torsten.Schmidt@rwi-essen.de

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE

Die Aussichten für die deutsche Wirtschaft bleiben in einem herausfordernden globalen Umfeld mit 1,3 % Wachstum im Jahr 2026 weiterhin schwach.

Diese Schwäche ist aufgrund von zu viel Bürokratie, zu wenig Marktwirtschaft und nicht demografiefester Sozialer Sicherung weitgehend hausgemacht.

Der Weg zur einem nachhaltig höheren Wachstumspfad wird nur über mehr Arbeitsleistung, mehr Marktwirtschaft sowie weniger Bürokratie zu erreichen sein.

Wo liegen die Probleme der deutschen Wirtschaft?

Im Frühjahr 2025 befindet sich die deutsche Wirtschaft weiterhin in einer strukturellen Krise – trotz einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um 0,4 % im ersten Quartal. Diese Krise reflektiert zu einem guten Teil die tiefgreifenden Veränderungen der geopolitischen Rahmenbedingungen. So sehen sich deutsche Unternehmen einem immer stärker werdenden Wettbewerb aus China ausgesetzt. Die neue US-Regierung beabsichtigt, mit massiven Zöllen den Standort USA für Investitionen attraktiver zu machen. Das bremst den Welthandel und heizt die globale wirtschaftspolitische Unsicherheit an. Zudem hat sich spürbar der Druck auf Europa erhöht, selbst für die eigene Sicherheit zu sorgen.

Um vor diesem Hintergrund für die nationale Finanzpolitik – vor allem für Verteidigung und Infrastruktur – mehr Spielraum zu schaffen, wurde hierzulande die Finanzverfassung grundlegend geändert. Ob Bund und Länder diese erweiterten Finanzierungsoptionen jetzt sinnvoll nutzen werden, ist jedoch noch völlig offen. Vielmehr steht leider zu befürchten, dass der Druck, in den öffentlichen Haushalten zu sparen und investive Ausgaben stärker als bislang zu priorisieren, nun eher gesunken als gestiegen ist.

Das ist tragisch, denn die Schwäche der deutschen Volkswirtschaft ist zu einem großen Teil nicht konjunkturell bedingt und wird sich daher auch nicht einfach so verflüchtigen. Vielmehr ist sie Ausdruck struktureller Probleme, die nur mithilfe neu erkämpfter Wachstumskräfte kompensiert werden können. Denn im Zuge des demografischen Wandels wird die Erwerbsbevölkerung erheblich schrumpfen, weiterhin starker Zuwanderung zum Trotz. Der Anspruch, Deutschland beim Ausstieg aus fossilen Energien in eine Vorreiterrolle zu bringen, bremst zwangsläufig ebenfalls das Wachstum.

Schließlich bilden die trotz aller gegenteiligen Lippenbekenntnisse aufgetürmten Bürokratielasten ein massives Wachstumshemmnis.

Wie sind die wirtschaftlichen Aussichten und was ist zu tun?

Trotz des überraschend starken Anstiegs des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal bleiben die Aussichten für dieses Jahr insgesamt verhalten. Im kommenden Jahr, wenn der Staat seine erweiterten Ausgabenspielräume endlich einsetzen können, ist zwar ein Anstieg um etwas über ein Prozent zu erwarten. Allerdings ist ein Teil davon der höheren Zahl an Arbeitstagen geschuldet. Im privaten Bereich dürfte die Strukturschwäche weiterhin mit einem Abbau von Arbeitsplätzen einhergehen, vor allem im Verarbeitenden Gewerbe. Darüber hinaus ist ein steigender gesamtwirtschaftlicher Preisauftrieb zu befürchten, da sich die perspektivisch steigende öffentliche Nachfrage vor allem in Wirtschaftszweigen mit bereits hoher Kapazitätsauslastung entfalten dürfte.

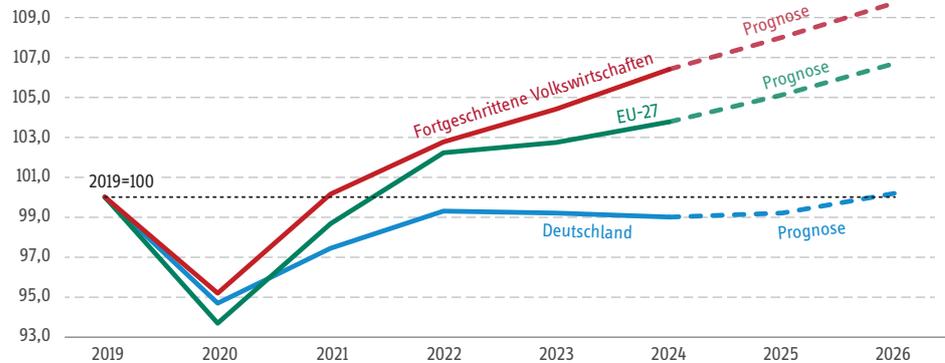
Um diesen misslichen Entwicklungen entgegenzuwirken, sind angebotsseitige wirtschaftspolitische Reformen, die das siechende Produktionspotenzial heben, umso dringlicher. Insbesondere gilt es, endlich die sozialen Sicherungssysteme demografiefester auszugestalten und für eine längere Lebensarbeitszeit und einen höheren Anteil von Vollzeitbeschäftigung zu sorgen. Um die ausufernden Kosten der Energiewende zu senken, sollte ein europaweit einheitlicher CO₂-Preis die unangefochtene Hauptrolle in der Energiepolitik erhalten. Vor allem sind in Verbindung mit einer durchgreifenden Deregulierung ein Abbau von Bürokratielasten und eine Effizienzsteigerung der öffentlichen Verwaltung dringend erforderlich.

Weiterführende Informationen:

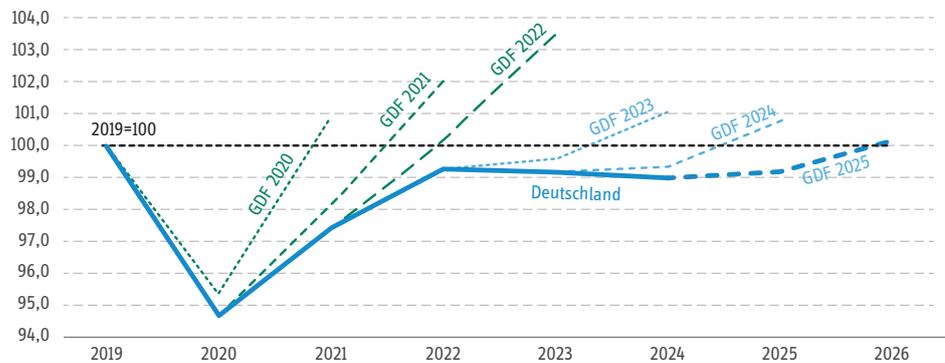
Gemeinschaftsdiagnose.



Vergleichsweise dürftig: Entwicklung des realen BIP im Vergleich, 2019=100



Wiederholt zu optimistisch: Entwicklung des realen BIP versus GD-Prognosen



Quelle: GDF 2020 – GDF 2025, eigene Berechnungen

Herausgeber:

RWI – Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstr. 1-3
45128 Essen/Germany
Fon: +49 (0) 201-8149-0

Redaktion:
Niels Oelgart

Layout und Design:
Magdalena Franke
© RWI Mai 2025

Handlungsempfehlungen

- Beschäftigung:** Es muss attraktiver werden, mehr zu arbeiten, um den Trend zu immer kürzeren Arbeitszeiten zu brechen. Eine grundlegende Reform des Abgaben-Transfer-Systems im unteren Einkommensbereich, die dem Prinzip des Förderns und Forderns wieder mehr Raum gibt, wäre ein wichtiger Baustein.
- Soziale Sicherung:** Für Rentner sollte das Arbeiten attraktiver gestaltet werden, z. B. durch steuerfreie Hinzuverdienste und reduzierten Kündigungsschutz. Für die Zeit nach 2030 sollte eine stufenweise Erhöhung des Renteneintrittsalters vorgesehen werden. Im Gesundheitswesen ist mehr Marktwirtschaft erforderlich.
- Energiekosten:** Im ersten Schritt sollten zügig die Netzentgelte gesenkt und die Stromsteuer auf das EU-Minimum reduziert werden. So rasch wie möglich sollte

auf eine europaweit einheitliche und umfassende CO₂-Bepreisung hingewirkt und die Rückgabe der Einnahmen an die Verbraucher eingerichtet werden.

- Bürokratielasten:** Ein umgehend etabliertes Regulierungs-Moratorium und die Einrichtung einer Genehmigungsfiktion, u. a. im Baurecht, könnte den Unternehmen das erforderliche Signal eines echten Neuaufbruchs senden. Die öffentliche Verwaltung ist umfassend zu digitalisieren.
- Innovationen:** Viele Voraussetzungen für einen attraktiveren Innovationsstandort gleichen denjenigen für einen attraktiveren Investitionsstandort – niedrigere Abgaben-, Bürokratie- und Regulierungslasten, bessere Infrastruktur und staatliche Dienstleistungen und großzügiger gestaltete Experimentierräume.